

3. Oktober 2012 / 10:00 Uhr / Parlament

Pressegespräch

„Mein Körper, meine Entscheidung!“

Für das Selbstbestimmungsrecht der Frau.
Gegen Hetze radikaler AbtreibungsgegnerInnen.

mit

Sandra Frauenberger, Wiener Frauenstadträtin

Abg. z. NR Petra Bayr, SP-Sprecherin für globale Entwicklung

Drⁱⁿ Claudia Linemayr-Wagner, Präsidentin der Österreichischen
Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF)

DDr. Christian Fiala, Ärztlicher Leiter Gynmed Ambulatorium,

Gründer und Leiter des Museums für Verhütung und

Schwangerschaftsabbruch, Wien

„Mein Körper, meine Entscheidung!“

Im Vorfeld des Welt-Gebets-Kongresses von Human Life International (HLI) stellen die Stadt Wien, die Wiener SPÖ Frauen, Gynmed und die ÖGF fest, dass das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper ein zentraler Grundsatz ist, der nicht angetastet werden darf. Frauen haben ein Recht auf Selbstbestimmung! „Wir stehen auf der Seite der Frauen. Denn an der Fristenlösung und dem Selbstbestimmungsrecht der Frauen darf nicht gerüttelt werden!“, betonen Frauenberger, Bayr, Linemayr-Wagner und Fiala unisono.

Frauenberger: Brauchen bundesweite Lösung für Schutzzonen vor Kliniken

„Als Wiener Frauenstadträtin ist es meine Aufgabe sicherzustellen, dass jede Frau selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden kann. Das beginnt damit, dass wir ein Beratungsangebot zur Verfügung stellen, wo Frauen tatsächlich objektiv beraten werden und religiöse oder ideologische Einstellungen keine Rolle spielen. Denn zentral für meine politische Arbeit ist das Wohlbefinden der Frauen. Außerdem müssen wir Frauen den offenen und unbehinderten Weg zu einer medizinischen Einrichtung ermöglichen. Dass ein Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern durchgeführt werden kann, ist nicht in jedem Bundesland selbstverständlich“, unterstreicht die Wiener Frauenstadträtin Sandra Frauenberger.

Es sei das Recht jeder einzelnen Frau, sich - aus welchen persönlichen Gründen auch immer - gegen eine Schwangerschaft zu entscheiden. Es müsse daher auch gewährleistet sein, dass Frauen medizinische Einrichtungen, die Abbrüche vornehmen, unbehindert betreten können. "Psychische und physische Barrieren militanter AbtreibungsgegnerInnen stellen für Rat suchende Frauen eine unzumutbare Belastung dar. Deshalb brauchen wir endlich eine bundesweite Lösung für Schutzzonen vor Kliniken", so Frauenberger.

Bayr: Rechte Langzeitaffäre mit radikalen AbtreibungsgegnerInnen

SPÖ-Nationalrätin Petra Bayr zeigt die Verbindungen zwischen Teilen der konservativen politischen Rechten und radikalen AbtreibungsgegnerInnen in Österreich auf. „Es ist erschreckend, wie nah sich die politische Rechte und fundamentale KatholikInnen in Österreich stehen. Da gibt es etwa Ewald Stadler, der radikale Abtreibungsgegner vor Gericht verteidigt hat – ohne Erfolg. Die Verhandlung führte zu Schuldsprüchen wegen Stalkings bei allen vier Angeklagten.“

Auch die ÖVP Wien hat ihre Einstellung zum Thema Schwangerschaftsabbruch bewiesen, als sie 2005 Gudrun Kugler-Lang auf die Liste für die Gemeinderatswahl stellte: „Damit hat die ÖVP Wien klar gezeigt, dass sie fundamentale AbtreibungsgegnerInnen in ihren Reihen duldet. Das ist einfach frauenverachtend. Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen ist unbedingt zu wahren.“

Als Bereichssprecherin für globale Entwicklung stellt Bayr fest, dass etwa die Hälfte aller weltweiten Abtreibungen unsicher vorgenommen wird:

- 98% aller unsicheren Abtreibungen passieren in den so genannten Entwicklungsländern.
- Restriktive Gesetze treiben Frauen in die Kriminalität und setzen sie gesundheitlichen Risiken aus, verhindern Schwangerschaftsabbrüche aber nicht.
- 29 von 1.000 Frauen im Alter von 15 bis 49 haben in Afrika einen Abbruch. In Europa, wo die Gesetze liberaler sind, mehr Aufklärungsarbeit betrieben wird und der Zugang zu Verhütungsmitteln besser ist, haben nur 12 pro 1.000 Frauen im reproduktiven Alter einen Abbruch.
- 2008 wurden auf dem afrikanischen Kontinent 97% aller Abbrüche unsicher durchgeführt.

- Ungewollte Schwangerschaften sind durch Wissen über und Zugang zu Verhütungsmitteln zu vermeiden: Weltweit haben 215 Millionen Frauen keinen Zugang zu effektiven Verhütungsmitteln, obwohl sie dies gerne hätten.
- Laut WHO sterben jährlich rund 50.000 Frauen an Komplikationen nach unsicheren Abbrüchen.
- 13% aller Müttersterblichkeitsfälle sind auf unsichere Schwangerschaftsabbrüche zurückzuführen.

Linemayr-Wagner: Ungleicher Zugang zu Familienplanung für Frauen und Männer

Ungewollte Schwangerschaften und sexuell übertragbare Krankheiten sind durch ein selbstbestimmtes und gesundes Sexualverhalten zu vermeiden.¹ So müssen Jugendliche gut informiert sein und auch wissen, an wen sie sich vertrauensvoll wenden können. Nach wie vor herrschen großes Unwissen und große Unsicherheit bei Jugendlichen über Fragen zu Verhütung, der Vermeidung von ungewollten Schwangerschaften sowie sexuell übertragbaren Infektionen.²

„Häufig geht dies einher mit einer Unsicherheit und einem Unwissen gegenüber dem eigenen Körper und der sich entwickelnden Sexualität. Eltern, Lehrerinnen und Lehrer stehen dieser Unsicherheit von Jugendlichen häufig rat- und sprachlos gegenüber. Daher ist es dringend notwendig, Sexualerziehung für unsere Kinder als ständigen Begleiter während der Schullaufbahn und auch schon in der Kindergartenzeit einzuführen. Dies kann nur erreicht werden, durch eine Verbesserung der Ausbildung der PädagogInnen zum Thema Sexualpädagogik. Zudem können externe SexualpädagogInnen zusätzlich Inputs von außen geben und die Hemmschwellen senken“, betont Drⁱⁿ Claudia Linemayr-Wagner, Präsidentin der österreichischen Gesellschaft für Familienplanung (ÖGF).

Auch in Österreich ist der Zugang zu Familienplanung und Einrichtungen der reproduktiven Gesundheit nicht für alle Frauen und Männer gleich. Die entscheidenden Faktoren sind Bildung, Wohlstand und Wohnort. So bleibt der Zugang zu modernen Verhütungsmitteln und Gesundheitseinrichtungen vor allem Frauen aus ländlichen Regionen, die einen niedrigen ökonomischen und sozialen Status haben, verwehrt.

Die ÖGF fordert:

- Bessere Sexualausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen
- Sexualunterricht als ein regelmäßiger Bestandteil im Lehrplan
- Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Jugendliche
- Freier Zugang zu Verhütungsmitteln
- Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs
- Schwangerschaftsabbruch mit finanzieller Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen

Fiala: Verhütung und Schwangerschaftsabbruch durch die öffentliche Hand!

Die meisten Frauen und Männer wünschen sich Kinder, allerdings möchten sie die Anzahl und den Zeitpunkt bewusst selbst entscheiden. Deshalb ist die Prävention ungewollter Schwangerschaften ein zentrales Thema.

Als Gesellschaft müssen wir in diesem Bereich folgende Entscheidungen treffen:

- Wollen wir Frauen und Männer weiterhin in ihrer Sexualität und Fruchtbarkeit bevormunden und die Vorbeugung ungewollter Schwangerschaften erschweren, so wie

¹ ÖGF Studie SAFE II „Peerkommunikation und Sexualität“, 2012

² ÖGF Studie „Jugendsexualität“, 2001, Weidinger et al., Nachfolgestudie „Jugendsexualität, 11 Jahre danach“, 2012, Martina Strilic

wir es seit der Monarchie tun. Dann müssen wir auch in Zukunft mit der logischen Konsequenz leben: einer unnötig hohen Anzahl an ungewollten Schwangerschaften und somit Abbrüchen ohne dass dadurch die Zahl an gewollten Schwangerschaften bzw. an Geburten zunimmt. Wir würden damit auch weiterhin bewusst soziale Ungerechtigkeiten in Kauf nehmen, weil auch einkommensschwache Menschen selbst für Verhütung (und einen möglichen Abbruch) aufkommen müssen.

- Oder wir gestehen den Frauen und Männer tatsächliche Selbstbestimmung in der Reproduktiven Gesundheit zu, gehen auf Ihre Bedürfnisse ein und unterstützen Menschen auch in diesem Lebensbereich im Rahmen der Möglichkeiten eines Sozialstaates. Damit würden wir an einen selbstverständlichen Standard in West-Europa anschließen. In diesem Fall hätten wir weniger ungewollte Schwangerschaften bzw. Abbrüche und gleichzeitig ähnlich hohe Raten an gewollten Schwangerschaften sowie Geburten, wie z.B. Frankreich oder Schweden.

„Während wir in Österreich noch nicht einmal Verhütung auf Krankenschein haben und Frauen auch einen Schwangerschaftsabbruch selbst bezahlen müssen, ist die Diskussion im Rest von Westeuropa seit vielen Jahren bereits viel weiter“, erklärt der ärztliche Leiter des Gynmed Ambulatoriums, DDr. Christian Fiala. So werden beispielsweise in Frankreich demnächst die Kosten für einen Abbruch vollständig von der Krankenkasse übernommen. (Bisher wurden 70-80% bezahlt, bzw. nur für Sozialhilfeempfängerinnen die vollen Kosten). „Es wäre wichtig, dass wir in Österreich auch endlich anerkennen, dass Verhütung und Abbruch kein Luxus sind, sondern eine medizinische Basisversorgung. Entsprechend sollten die Kosten, wie im übrigen West-Europa auch von der Krankenkassa übernommen werden“, fordert Fiala.

Der 1. Österreichische Verhütungsreport zeigt eindrucksvoll, dass die Menschen in Österreich sich dies wünschen und erwarten: „Neben mehr Information wünschen sich die ÖsterreicherInnen vor allem den vereinfachten Zugang zu wirksamen Verhütungsmitteln, z.B. die Abgabe der Pille ohne Rezept (54%) und Verhütungsmittel auf Krankenschein (35%). Die Kostenübernahme von Verhütung und des Schwangerschaftsabbruchs wird als integraler Bestandteil einer medizinischen Basisversorgung wahrgenommen, so wie dies in den meisten westeuropäischen Ländern seit langem Realität ist,“ stellt Fiala klar. Dazu gehört auch ein ungehinderter Zugang zu medizinischen Einrichtungen in Österreich, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen, einschließlich des Schutzes vor religiösen Fundamentalisten. Dies wurde zumindest in Wien vor zwei Jahren wirksam erreicht.

„Religiöse Fundamentalisten, die das Rad der Geschichte zurückdrehen wollen, wie der 'Kongress' der Gruppe HLI im Palais Niederösterreich, dürfen nicht durch PolitikerInnen unterstützt werden. Stattdessen sollte die Politik Evidenz basiert handeln und auf die Bedürfnisse der Menschen hören!“, betont Fiala.

Schwangerschaftsabbruch in Wien

Der Wiener Krankenanstaltenverbund bietet einen Schwangerschaftsabbruch als ambulante Leistung an:

- Ein Beratungsgespräch ist Voraussetzung zur Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches in einem Krankenhaus der Stadt Wien.
- Neben der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung bieten die Frauengesundheitszentren FEM und FEM Süd kostenlos Information sowie psychosoziale Beratung an. Dieses Beratungsgespräch ist kostenlos und anonym.
- Um einen Zuschuss von der MA 40 zu bekommen, ist ein Beratungsgespräch in der Regionalstelle des Jugendamtes oder im Eltern-Kind-Zentrum erforderlich (Ein Zuschuss wird nur für den 1. Schwangerschaftsabbruch gewährt.)

- Ambulanter Schwangerschaftsabbruch in den gynäkologischen Ambulanzen folgender Spitäler: Sozialmedizinisches Zentrum Süd - Kaiser-Franz-Josef Spital, Krankenhaus Hietzing, Krankenanstalt Rudolfstiftung, Wilhelminenspital, Semmelweis-Frauenklinik der Krankenanstalt Rudolfstiftung, für KFA-Versicherte: Krankenhaus Hera
- Private Beratung/Behandlung: Pro:woman Ambulatorium, Woman & Health, Gynmed, VenusMed, Frauen.Gesundheit.Nussdorf.

Hinweis: Filmpräsentation „Der lange Arm der Kaiserin“

Die Wiener SPÖ-Frauen zeigen am Dienstag, dem 9. Oktober 2012 um 19.00 Uhr im ega, 6., Windmühlgasse 26, den Dokumentarfilm „Der lange Arm der Kaiserin. Die Geschichte des Schwangerschaftsabbruchs in Österreich“ von Susanne Riegler.

Im Anschluss folgt eine Diskussion mit:

Sandra Frauenberger – Wiener Frauenstadträtin

Susanne Riegler – Autorin und Regisseurin des Films

Drⁱⁿ Helene Klaar – Rechtsanwältin

Ingⁱⁿ Elke Graf – Geschäftsführerin pro:woman Ambulatorium

Eintritt frei! Um Anmeldung wird gebeten unter: office@ega.or.at oder 01-589 80, www.ega.or.at

Rückfragehinweis:

Stefanie Grubich

Mediensprecherin Stadträtin Sandra Frauenberger

Tel.: +43 1 4000-81853

e-mail: stefanie.grubich@wien.gv.at

LAbg. Nicole Berger-Krotsch

Frauensekretärin der Wiener SPÖ

Tel.: +43 1 534 28-228

e-mail: nicole.berger-krotsch@spw.at

Abg. z. NR Petra Bayr

SPÖ Bereichssprecherin für globale Entwicklung

Tel.: +43 1 40110-3685

e-mail: petra.bayr@parlament.gv.at